



FINANZ-DESASTER IM KREISTAG

Schon zum Kreistag im Mai zeichnete sich ab, dass so nicht weiter gearbeitet werden kann. Der Landrat wollte auf Biegen und Brechen jedoch einen Nachtragshaushalt verhindern. Der Doppelhaushalt 2013 /2014 war jedoch schon auf sehr unsolide Weise erstellt. Die Ehrlichkeit, einen einigermaßen soliden Haushalt zu verabschieden, fehlte dem Landrat samt seiner CDU – Fraktion.

Dabei geht es nicht nur um die Kreisumlage. Diese wird, egal in welcher utopischen Größenordnung man sie ansetzen mag, die gesamte Finanzsituation nicht grundsätzlich lösen können. Hier muss endlich auch der Widerstand aus dem Landkreis und den Kommunen, durch die Bürgermeister, massiv nach Dresden getragen

werden. Aber das traut sich keiner! Millionen von zusätzlichen Steuereinnahmen werden in Dresden zur Finanzierung der Sachsen LB-Pleite und der Reduzierung der Schulden eingesetzt. Was sind dagegen schon die Sorgen der Kommunen und deren Menschen?

Aber zurück zum Kreistag. Die CDU hatte ja verkündet, wir hätten kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Und so wurde auch der Nachtragshaushalt aufgebaut. Eine moderate Erhöhung der Kreisumlage um 1 Prozent, die vorher mit den Bürgermeistern abgestimmt wurde, und massive Kürzungen bei den freiwilligen Aufgaben (50%) und teilweise bei Pflichtaufgaben mit Ermessen (20%). Die Folge: Vereine und Verbände müssen bis zum 30.06.2014 Kündigungen

von Personal und Kürzungen von Leistungsangeboten vornehmen. Betroffenen davon sind die Hilfsbedürftigen im Kinder- und Jugendbereich und im sozialen Bereich.

Jeder, der jetzt zugestimmt hat, hat auch den angesprochenen Kürzungen für 2015 sein „Ja“ gegeben! Wir, die Linksfraktion, haben diesem Nachtragshaushalt, wie bereits auch dem ordentlichen Haushalt, nicht zugestimmt. Die namentliche Abstimmung ergab: 32 x dafür; 31 x dagegen und 7 Enthaltungen. Ein Mal mehr Mut zum „Nein“ hätte dem Landrat schon mal gut getan!

*Karin Höfer - Reichenbach,
Fraktionsvorsitzende der LINKEN im
Kreistag Vogtland*

| | | |
|----------------------------|---|------|
| aus dem Inhalt: | Kommunalwahlen im Vogtland..... | S. 2 |
| | Kommunalkredit als letztes Mittel?..... | S. 4 |
| | Skandal im Landtag..... | S. 6 |
| | Pfingsttreffen der LINKEN..... | S. 7 |

DIE LINKE.

ERSTE GEDANKEN ZU DEN KOMMUNALWAHLEN

Die Ergebnisse der Kreistagswahlen im Vogtlandkreis machen uns doch sehr betroffen. Sie zwingen uns zu ernsthafter Analyse und Konsequenzen.

Die Genossinnen und Genossen im Kreisvorstand und auch an der Basis waren unermüdlich im Einsatz. Es kann also nicht daran gelegen haben, dass wir so viel Stimmen und Kreistagssitze verloren haben. Wir mussten mit einem Rückgang rechnen, aber dass es so derb kam, ist schwer.

Wir hatten Probleme, für alle Wahlkreise Bewerber zu finden. Wir waren gezwungen, in den Wahlkreisen 1, 4, und 9 Genossen, die in diesen Gebieten nicht wohnen, zu bitten, dort zu kandidieren, damit wenigstens unsere Stammwähler die Möglichkeit hatten, die LINKE zu wählen. Gelang es uns 2008 noch in sieben von elf Wahlkreisen zwei Plätze für den Kreistag zu gewinnen, so war es in diesem Jahr nur in Plauen und Reichenbach.

Sicher spielte es eine Rolle, dass gerade die fünf Frauen, die zur letzten Wahl zusammen über 10.000 Stimmen gewannen, nicht mehr angetreten sind. Der Zuwachs bei anderen Kandidaten konnte das nicht ausgleichen. Darin aber den Hauptgrund zu sehen, würde wir es uns zu leicht machen.

Aus Diskussionen und eigener Wahr-

nehmung ergeben sich auch Schlüsse zu unserer politischen Arbeit. Wir werden in der Öffentlichkeit kaum noch als Opposition mit alternativen Vorschlägen wahrgenommen, sondern mehr als Unterstützer für den Landrat. Der Umbau zum neuen Landratsamt wird höchstens von Bürgern aus Plauen begrüßt. Für das Umland bringt es noch mehr leerstehende Verwaltungsgebäude und weitere Wege. Von Kosteneinsparungen kann man kaum jemanden überzeugen. Die Bürger in den kleinen Städten und Dörfern fühlen sich immer weniger von der LINKE vertreten, und die wenigen Genossinnen und Genossen sind entmutigt, sie resignieren. Sie sehen ihre bisherige Arbeit nicht anerkannt und fühlen sich nicht entsprechend ihren objektiven Möglichkeiten einbezogen.

Wir brauen für ein gutes Ergebnis auch Protestwähler. Die haben aber offensichtlich AfD gewählt.

Bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten ist die Situation etwas anders. Hier hat sich die Tendenz verstärkt, die Stimmen nicht mehr Parteien, sondern Bürgervereinigungen und Vereinen zu geben. Hier geht es in erster Linie um Personen.

Wir müssen als LINKE Bürger gewinnen, die für uns kandidieren und sich der Interessenvertretung widmen. Da-

bei müssen wir besonders auch einen Generationswechsel organisieren, Jüngere gewinnen, die den Ausfall unserer langjährigen Genossen ausgleichen können. Grundsätzlich gibt es dazu zwei Wege. Wir gewinnen Jüngere und versuchen sie bekannt zu machen. Das erweist sich als kompliziert. Wir konnten Jüngere für uns gewinnen, die durch ihre Arbeit und den Einsatz bereits bekannt sind, die auch gewählt wurden.

In den Göltzschtalstädten ist das gelungen. Wir konnten in Ellefeld, Auerbach und Rodewisch die Anzahl der Sitze erhalten. In Falkenstein war es durch die 20 % für die Bürgervereinigung nicht möglich. In Auerbach konnten wir sogar einen geringen Stimmenzuwachs verbuchen. Wir hatten aber auch über 20 Helfer. Keiner hat es abgelehnt, Wahlzeitungen und Faltblätter auszutragen. In Gesprächen wurde abgestimmt, was noch möglich ist. In den Dörfern mit Streusiedlung haben wir das selbst übernommen.

Ursula Mieth - Auerbach/V.

WAHLAUSWERTUNG DES KREISVORSTANDES

Im Vogtland haben fast 100 Kandidatinnen und Kandidaten für DIE LINKE kandidiert. Über 200.000 Zeitungen und Flyer wurde im Vogtland an die Bürger verteilt oder in Briefkästen gesteckt und ca. 2000 Plakate aufgehängt. Dennoch war das Ergebnis der Kommunalwahlen für viele von uns ernüchternd.

Wir haben im Kreistag 4 Mandate und auch in einigen Städten und Kommunen Mandate verloren, jedoch auch mancherorts Mandate gewonnen.

Die Probleme der Verluste sind vielschichtig und es sollen hier nur ein paar genannt werden. So waren wir zur letzten Kommunalwahl noch eine

„neue Partei“, es trat erstmals DIE LINKE eine gesamtdeutsche linke Partei und nicht mehr die PDS bzw. LINKE.PDS zu den Kommunalwahlen an. Dieser Umstand hatte uns auch für die Bundestagswahlen, im selben Jahr, viele Wählerstimmen gebracht.

Die „neue“ Protestpartei war zu dieser Wahl die AfD, welche uns durchaus Stimmen von Protestwählern gekostet hat. Zusätzlich hat es unsere Kreistagsfraktion nicht geschafft, ihre Ideen und Erfolge genügend öffentlich zu verkaufen. Für unsere Gemeinde- und Stadträte sind die Listen der Freien Wähler, der Feuerwehren und Kirchen immer gefährlich, da diese sehr umfangreiche Listen aufstellen.

Leider konnten wir auch nicht mehr in allen Kommunen antreten.

Es gibt aber auch erfreuliches zu melden. So konnte erstmals ein Mandat im Tirpersdorf errungen werden und viele junge Menschen konnten die Wählerinnen und Wähler überzeugen.

Der Kreisvorstand gratuliert allen Gewählten und wünscht allen eine erfolgreiche Arbeit und bedankt sich bei allen Kandidaten und Genossinnen und Genossen für das Engagement im Wahlkampf.

Janina Pfau - Kreisvorsitzende

GESUNDHEIT IST KEINE WARE

Am 19. Juni machte die diesjährige Landesgruppentour der sächsischen Bundestagsabgeordneten Halt in Vogtland. Thema in diesem Jahr war die Gesundheitspolitik. So wurde der Theaterplatz in Plauen kurzer Hand in ein Krankenhaus umgewandelt.

Die Kunstinstallation trug den Namen „KRANKES _SYSTEM“ und sollte unsere Forderung „Gesundheit ist keine Ware“ bildlich darstellen. Die Krankenhausbetten mit den Parkuhren fanden reges Interesse bei den Passanten.

Gemeinsam mit MdB Sabine Zimmermann erläuterten die Genossinnen und Genossen den Bürgern unsere Forderungen gegen den Ärztemangel, bessere Arbeitsbedingungen und für Löhne in Pflege und viele weitere Probleme im Bereich der Gesundheitspolitik. Viele berichteten uns von ihren eigenen Erfahrungen.

Die Gesundheitstour machte in 12 weiteren Städten in Sachsen halt und die Bürger in allen Städten sind sich einig. In der Gesundheitspolitik muss sich etwas ändern – Gesundheit ist keine Ware-

*Janina Pfau –
Mitarbeiterin der Landesgruppe*

SCHREDDERN, SPITZELN, VERSAGEN

Forum mit MdL Kerstin Köditz

Am 02.06.2014 hatte die „Die Linke“ Kerstin Köditz, Mitglied des Landtages Sachsen, eingeladen. Als Sprecherin für antifaschistische Politik hielt sie in der „Alten Feuerwache“ in Plauen einen Vortrag zum Stand der Aufklärung des NSU-Skandals.

Ihr Hauptanliegen durchdrang immer wieder den Vortrag: NSU-Aufklärung wäre die eine Seite, aber welche Probleme zeigen sich hier in den Bundesländern darüber hinaus. An den Anfang stellte sie die Frage: Wie steht es überhaupt mit dem Aufklärungswillen? Bereits in der Zeit der Gründung des Nationalsozialistischen Untergrundes wären die Zuständigkeiten von Hamburg bis Bayern, von West nach Ost hin und her geschoben worden. Ein bezeichnendes Beispiel sei: die Thüringer nannten die NSU Zwickauer Zelle und im Land Sachsen sprach und schrieb man vom Thüringer Terrortrio. Von einer abgestimmten Aufklärung keine Rede. Die Bundesländer ließen und lassen sich nicht in die Karten gucken. Und was die Länderverfolgungsbehörden können, dass könnten die Verfassungsschutzämter der Bundesländer schon lange. So jedenfalls seien alle Zusammenhänge nicht aufzuklären.

Ein Netzwerk zur umfassenden Unterstützung der NSU spielt bei der Anklage, zur Aufklärung der NSU-Morde, keine Rolle. Kerstin Köditz dazu: „Ich sehe ein Netzwerk“. So deuteten Funde in der Zwickauer Garage darauf hin. Dann hatte das Trio in Chemnitz mehrere Wohnungen. Anschließend

kamen sie wieder nach Zwickau zurück. Die Bankenüberfälle? Die Mordserie?

Köditz: „Es muß Verbindungen zur dortigen Naziszene gegeben haben.“ Es gäbe mehrere Hinweise, dass „die Drei das alles nicht haben schaffen können.“ Trotz des „Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen“. So ist der Titel eines Buches, herausgegeben von Bodo Ramelow. Auch mit einem Beitrag von Kerstin Köditz, auf den sie verwies. So sei im Gründungsmanifest der WBE (Weiße Bruderschaft Erzgebirge) „die Rede von einer `neuen Art des Kampfes, einer Untergrundbewegung`. Worte, die heute elektrisieren, die aber auch mit dem Wissen von damals zur Aufmerksamkeit der Behörden hätte führen müssen.“ Die Behörden hätten ja auch in einschlägiger Naziliteratur dazu lesen können.

Energisch formuliert die Volksvertreterin Köditz „in alle anderen Richtungen wurde ermittelt, bis zum Schutzgeld“. Die Opfer wurden zu Verdächtigen, wurden vernommen und beschuldigt. Die Betroffenen wussten nie, wer dahinter steckt. Das blieb die vielen Jahre so. Bis die Aufklärung bei Gericht, in den Untersuchungsausschüssen zu den NSU-Verbrechen mehr über die Schuldigen ans Licht brachte.

Abschließend Kerstin Köditz Fazit dazu: „Es bleibt noch viel zu tun“.

Hardy Neumann – Plauen



DAS ZAHNFLEISCH BLUTET

Kommunalkredit als letztes Mittel?

Das Vogtland mit seinem Oberzentrum Plauen ist eine landschaftlich reizvolle und touristisch anziehende Region. Ich bin gerne Plauerer, ich bin gerne Vogtländer. Das Vogtland gehört aber nicht zu den Boom-Regionen Sachsens, schon gar nicht Deutschlands. Wir unterliegen deutlichen Schrumpfungstendenzen. Da ist nicht nur demografischer Wandel.

Die Symbole Überalterung, Wohnungsleerstand, Fachkräftemangel werden in den letzten Jahren durch eine „zweite Welle der Deindustrialisierung“ deutlich verschärft. Das Wegbrechen von MAN Roland „Druckmaschinen“ hat 850 Vogtländern hoch qualifizierte und gut bezahlte Arbeit genommen. Beim MAN Neoplan - Bushersteller 420. Eine klare Perspektive gibt es vielleicht für ein Drittel. Und und und...

Das schlägt natürlich auch auf die kommunalen Haushalte durch. Die gehen im Vogtland zunehmend am Stock. Die Einnahmen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen reichen nicht, um das städtische Leben in all seinen Facetten vom Kindergarten, Schulen, den Sportvereinen, dem Theater Plauen/Zwickau, den notwendigen Investitionen in Schulen, Sporthallen, Straßen und funktionierenden Alltag zu erhalten. Dazu kommt das Damoklesschwert „Kreissumlage“, damit der Vogtlandkreis seine Aufgaben erfüllen kann. Plauen zahlt 2014 rund 20 Millionen Euro. Jedes Prozent mehr Kreissumlage sind 600 Tausend Euro. Und dieses Prozent hat der Kreistag ja gerade beschlossen. Es drohen einerseits sogenannte „Konsolidierungsmaßnahmen“. Erhöhungen der Gewerbe- und Grundsteuer stehen im Raum, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Zweitwohnungssteuer werden wohl folgen. Auf Pferde- oder Katzensteuer ist noch keiner verfallen.

Finanzierungslücken sollen, müssen und werden zudem nur mit Millionenkrediten und dem Verkauf städtischen

ARROGANZ DER MACHT BESTRAFT

Kreistagssitzung 19.06.2014 – Bad Elster

Sichtlich fassungslos hatte Landrat Tassilo Lenk das Abstimmungsergebnis zum Nachtragshaushalt in der Sondersitzung des Kreistages zur Kenntnis genommen. Die eine einzige Stimme zur knappsten aller Mehrheiten war ausgerechnet auch noch seine! Gerdemal also mit „blauem Auge“ davongekommen, der solcherart Erfolgsverwöhnte. Und nicht nur die Linksfraktion stimmte gegen die Streichliste. Widerspruch und Ablehnung gab es aus allen Fraktionen.

Nunmehr hatte ihm doch immerhin die Hälfte der bisher „getreuen Vasallen“ die Gefolgschaft verweigert. Dabei hatte ihn doch eher nur eine eiligst bei den Parteifreunden in Dresden heraus gehandelte Finanzspritze von 5 Millionen - speziell für die inzwischen auf fast das Doppelte gestiegenen Kosten des Landrats-Gedächtnis-Monuments, zunächst bei nunmehr gut 40 Millionen - den Allerwertesten gerettet. Einen guten vogtländischen Christdemokraten lässt der Dresdner „liebe Gott“ schon aus taktischen Gründen nicht im Stich - zumal so kurz vor der Landtagswahl. Völlig anders hatten es die Betroffenen gesehen, die eine solche Streichliste nicht akzeptieren wollten. Betrifft sie doch vorrangig die Kürzungen der ohnehin schon bescheidenen Mittel für Kinder und Jugend, soziale und sportliche Bereiche. Hatten doch Mitglieder des Vereins für offene Jugendarbeit Reichenbach

Eigentums zu schließen sein. Der Kommunalwald ist schon im Kalkül. Wohnungen vielleicht auch? Der Bund, das Land Sachsen sind in der Pflicht, den unabweisbaren Ruf nach besserer Finanzausstattung der Kommunen zu erfüllen.

Apropos Sachsen: Die Milliardenbürgerschaft für die Spekulationswut von Bank- und CDU-Granden lässt grüßen und bluten. Und der Herauskauf der Sparkasse aus diesem Finanzverbrechen Sachsen-Finanzgruppe wird unter 25 Millionen wohl nicht zu machen sein. Freut euch ihr Plauerer, freut euch ihr Vogtländer an dieser schwarz regierten Heilsbringerlandschaft!

Klaus Jäger - Stadtrat DIE LINKE Plauen

während der Einwohner-Fragestunde ein Plakat entrollt, auf dem es hieß: „Finger weg von unserer Jugend. 40 Millionen für´s neue Landratsamt. Nur 600.000 für die vogtländische Jugend. Schämen Sie sich!“

Was Sven Dähmlow aus Plohn solcherart unterstrich: „Schämen Sie sich kein bisschen, die Jugend so im Stich zu lassen?“ Und Marcel Bechert aus Lengenfeld: „Wir haben Sie nicht gewählt, um uns unserer Möglichkeiten berauben zu lassen.“ Monique Egermann aus Plauen erinnerte an die Konzeption „Familienfreundliches Vogtland 2020“, und der elfjährige Benjamin Leucht trat ans Mikrofon und fragte: „Wenn künftig Geld für die Kinder- und Jugendzentren fehlen, wo sollen wir dann hin?“

Was, wie es scheint, wohl doch wenig interessiert. Am „christlichen Gewissen“ - soweit überhaupt vorhanden - vorbei. Die zahlreichen Einsprüche von Vereinen wurden abgebügelt, ohne auf die berechtigten Forderungen und Argumente einzugehen. Arroganz der Macht nannte man dies. Und in welcher verbogener Weise die Sparpolitik auf dem Rücken der Kinder „durchgeprüft“ wurde, unterstrich Andreas Färber vom Deutschen Kinderschutzbund: Es geht nicht um freiwillige Leistungen des Landkreises, die da gestrichen werden!

„Der nächste Kreistag, der fast zur Hälfte aus neuen Räten besteht, muss deshalb so sein, wie der alte nie war: vom ersten Moment an ... kritisch und fordernd.“ kommentierte Uwe Selbmann in der Freien Presse. Das meine ich auch, und gebe gern recht. Was indes unseren „Landesfürsten“ hinsichtlich seiner „Fassungslosigkeit“ betrifft, fällt mir mal diese Erkenntnis eines gewissen Hans Joachim Riegering ein: „Reg dich nie auf. Zu allen Zeiten - bleib ruhig, sei stets Optimist. Die hellste Birne kann kein Licht verbreiten, sofern sie aus der Fassung ist.“ Aber vielleicht geht dem einen oder anderen nunmehr doch ein Licht auf. Möglichst noch rechtzeitig vor der Landtagswahl, hofft

Jürgen Böhm - Schöneck

PROTESTE DES SOZIALFORUMS GÖLTZSCHTAL

Bereits zweimal hat das Sozialforum Göltzschtal gegen Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppen zur sogenannten „Rechtsvereinfachung im SGB II“ protestiert. Im Februar sendeten wir einen Protestbrief an die sächsische Sozialministerin gegen den Vorschlag von Sachsen, für Klagen gegen Jobcenterbescheide Gebühren zu erheben. Die Sozialministerin ließ antworten, dass sie diesen Vorschlag nicht weiter verfolge, da er in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe keine Mehrheit erhalten habe. Wir werden kontrollieren, ob im Gesetzesentwurf, der für den Herbst dieses Jahres angekündigt ist, dieser Vorschlag tatsächlich nicht enthalten ist.

In der Juniveranstaltung beschloss das Sozialforum Göltzschtal Protestbriefe gegen zwei weitere besonders krasse Verschlechterungen für Hartz IV-Betroffene: Der Mehrbedarf für Alleinerziehende soll nur noch gewährt werden, wenn die/der Alleinerziehende eine Erwerbsarbeit ausübt oder an einer Maßnahme zur beruflichen Qualifizierung teilnimmt. Dieser Vorschlag wird mit dem Hinweis begründet, dass gegenwärtig durch die Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten und der Kinderbetreuungsangebote kein erhöhter Zeitaufwand zur Versorgung und Erziehung der Kinder erforderlich sei. Dieses Argument ist zynisch: Alleinerziehende sind allein für ihre Kinder verantwortlich, sie haben es deshalb ungleich schwerer, einen Arbeitsplatz zu bekommen: Wenn die Kinder krank sind, hilft kein Partner. Dem Betrieb stehen sie nur zur Verfügung, wenn Kita oder Schulhort geöffnet haben. Ihre Kraft müssen sie zwischen Kinderbetreuung und Arbeitsstelle teilen. Dazu kommt, dass Alleinerziehende besonders viel Einkommen erwirtschaften müssen, um die Hilfebedürftigkeit überwinden zu können, da sie nicht nur ihren Bedarf, sondern auch den ihrer Kinder erwirtschaften müssen, falls sie nicht ausreichend Unterhalt für die Kinder bekommen, was häufig der Fall ist.

Außerdem soll die „temporären Bedarfsgemeinschaft“ wieder abgeschafft werden: Väter oder Mütter, deren Kin-

der in anderen Partnerschaften leben, haben ein gesetzlich verbürgtes Umgangsrecht, also das Recht, ihre Kinder zeitweise zu betreuen. Für diese Zeiten stehen ihnen die entsprechenden Anteile der Regelleistung der Kinder zu. Früher mussten die Eltern sich über die Höhe dieser Anteile einigen, was natürlich sehr schwierig war, da in den meisten Fällen die Elternbeziehungen durch tiefe Konflikte belastet sind. Durch Gesetzesänderung wurde dann geregelt, dass das Jobcenter die Kinderregelleistungen differenziert an beide Elternteile überweist. Das ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden, weil es keine pauschale Betreuungszeit gibt, sondern die genaue Aufenthaltszeit beim Umgangsberechtigten nachzuweisen ist. Die Rücknahme dieser Maßnahme würde zweifellos eine Verwaltungsvereinfachung darstellen, für die betroffenen Eltern, insbesondere den Elternteil mit Umgangsrecht, wäre das aber in den meisten Fällen eine außerordentliche psychische und zeitliche Belastung, da die Regelung wieder Anlass für Streit und Konflikt bietet. Oft wird das zur Folge haben, dass der Umgangsberechtigte die zusätzlichen Kosten selbst tragen muss oder dass die Gerichte wieder übermäßig beansprucht werden. Leidtragende werden auch die betroffenen Kinder sein.

In beiden Fällen hat das Sozialforum Göltzschtal von der Bundessozialministerin, der Hauptverantwortlichen für Arbeit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, und von der sächsischen Sozialministerin, Mitglied der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die Rücknahme dieser Vorschläge gefordert. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach

DIE FRAKTION IST BEREIT FÜR DIE NEUE LEGISLATUR

Am Freitag, den 27.06.2014 trafen sich die alten und neuen Stadträte für Plauen, um sich zu konstituieren. Das Eröffnungswort sprach die Stadtvorsitzende Agnes Descher, welche sich für die Teilnahme im Wahlkampf und den Willen zur Wahl in den Stadtrat bedankte. Im Anschluss würden darüber beraten, wer welchen Ausschuss besetzen möchte. Die vorläufige Verteilung ist:

Ausschüsse:

Kultur/Sport:

Petra Rank, Daniel Herold

Sozial/Bildung:

Uta Seidel, Tobias Rüdiger

Wirtschaft:

Uta Seidel, André Hegel

Vergabe:

Ilka Reißner, Wolfgang Hinz

Bau/Umwelt:

Ilka Reißner, Klaus Jäger

Finanzen:

Petra Rank, Klaus Jäger

Verwaltung:

Claudia Hänsel, Wolfgang Hinz

Ältestenrat:

Claudia Hänsel

Nachdem noch andere Informationen zur Fraktionsarbeit übermittelt worden, wählten die 9 Fraktionsmitglieder einen neuen Fraktionsvorstand. Da kam folgendes Ergebnis heraus:

Fraktionsvorsitzende:

Claudia Hänsel

Stellv. Fraktionsvorsitzende:

1. Klaus Jäger

2. Petra Rank

Geschäftsführerin:

Petra Rank

Die Mitglieder des Stadtrates für Plauen sind:

Claudia Hänsel

Petra Rank

Klaus Jäger

Wolfgang Hinz

Uta Seidel

Ilka Reißner

Daniel Herold

Tobias Rüdiger

André Hegel

ASYL FÜR NEONAZIS IM LANDTAG? - DAS IST EIN SKANDAL

Erklärung des VVN-BdA Sachsen

Nach Berichten der Zeitung Dresdner Neueste Nachrichten - „Rund 400 Dresdner haben am Dienstagabend lautstark gegen eine Kundgebung der rechtsextremen NPD demonstriert. Rund 80 Neonazis - und damit deutlich weniger als noch vor einem Jahr - hatten vor dem Haus der Presse an der Ostraallee gegen eine angebliche Medienwillkür Stellung bezogen.“

Nach Ende der Kundgebung kam es jedoch zu Tumulten. Die Neonazis hatten lautstark verkündet, dass die Polizei sie zum Landtag eskortieren wolle. Daraufhin machten sich auch zahlreiche Gegendemonstranten auf den Weg in Richtung Lindenau-Platz. Damit war die Polizei überfordert. Hektisch bugsierten die Einsatzkräfte die Rechtsextremen in den Landtag, während die Gegendemonstranten mit teils massiven Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz zurückgedrängt wurden.“

Zu den Ereignissen erklärt der VVN-BdA Landesvorstand: Der SPD-Partei- und Fraktionschef im Sächsischen Landtag Martin Dulig ist zu Recht empört wenn er sagt: „Neonazis, Feinde der Demokratie im Haus der Demo-

kratie - das ist ein Skandal“. Dies ist nicht nur ein Skandal, es ist eine Schändung des Ansehens und der Würde des Sächsischen Landtages die hier mit Unterstützung der sächsischen Polizei geschehen konnte. Das nun die Polizei die Verantwortung für diesen Eklat von sich weist ist nicht hinnehmbar und auch nicht glaubhaft, auch wenn Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll betont „den Rechten am Dienstagabend im Parlamentsgebäude Zuflucht vor gewaltbereiten Demonstranten zu gewähren, sei vom Landtag getroffen worden“. Der Landtagspräsident Herr Rößler als Hausherr des Sächsischen Landtages sei von der zeitweiligen Unterbringung der Neonazis im Gebäude des Sächsischen Landtages nach Angaben seines Sprechers erst informiert worden, nachdem bereits die Nazis sich im Gebäude befunden haben.

Während Antifaschisten in Plauen aus einer Kirche gewaltsam getrieben werden, gewährt man ausgerechnet jenen Kräften, die keine Gelegenheit auslassen gegen die Demokratie zu hetzen und sie abzuschaffen, im Haus der Demokratie, dem Sächsischen

Landtag, Zuflucht und Sicherheit.

Aber nicht genug der Blamage, dem Präsident des Sächsischen Landtages Herr Rößler scheint nicht an einer schnellen Aufklärung dieser Vorkommnisse gelegen zu sein, denn nicht anders kann man seine Entscheidung werten, eine durch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE beantragte Sondersitzung des Landtagspräsidiums nach Ende des Plenartages zu legen. Nachdem der Präsident sich geweigert hat, die Präsidiums-Sondersitzung unmittelbar nach der Debatte über die Fach-Regierungserklärung zuzulassen, erklärte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Rico Gebhardt: „In einem Landtag, dessen Präsident Nazis Asyl im Parlamentsgebäude gewährt, können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Deshalb beteiligen wir uns wie auch die Abgeordneten anderer Fraktionen nicht an der Debatte über die Fach-Regierungserklärung. Wir lassen uns nicht zum Lakaien des Landtagspräsidenten machen.“ Dies ist nur zu unterstützen.

ROCK FÜR EIN BUNTES VOGTLAND GEWINNT PREIS

Festival für Toleranz und kulturelle Farbenvielfalt wird in Weimar ausgezeichnet

Am 23. Juni ist das Projekt Rock für ein buntes Vogtland mit dem Demokratiepreis des Landes Thüringen geehrt wurden. Überreicht wurde dieser von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und der Thüringer Ministerin für Soziales, Familien und Gesundheit Heike Taubert im Reithaus in Weimar. Der Anerkennungspreis ist mit 500 Euro dotiert. Die Laudatio für die vogtländischen Preisträger hielt Gerd Grüner, Bürgermeister von Greiz.

Die Stadt hatte das Projekt für den Preis nominiert. Während der Festveranstaltung wurden vor allem der innovative Geist und die Nachhaltigkeit des Events „Rock für ein buntes Vogtland“ gelobt. Im letzten Jahr wurde der Demokratiepreis unter anderem auch an Lothar König, Stadtjugendpfarrer aus Jena verliehen.

Es war 2009 als sich eine Gruppe jun-

ger Menschen, federführend Daniel Kertscher und Andreas Böttcher, aus Greiz entschloss, ein Zeichen für Toleranz und Vielfalt zu setzen. Im gleichen Jahr wurde „Rock für ein buntes Vogtland“ aus der Taufe gehoben und fuhr mit 2500 Besuchern bei der Erstauflage einen großen Erfolg ein.

Vor der Kulisse des Wahrzeichens der Region, der Göltzschtalbrücke, etablierte es sich in den letzten Jahren zum größten Rockfestival im Vogtland. Alljährlich zum Pfingstsonntag findet dabei ein Familiennachmittag und ein Abend mit Konzerten überregionaler Bands statt.



Abschluss Feuerwerk beim Rock für ein buntes Vogtland

22. PFINGST-TREFFEN DER LINKEN

vom 07. bis 09 Juni 2014

Endlich war es wieder soweit. Pfingsten! Das Treffen am Werbellinsee! Für den „harten Kern“ in der Partei DIE LINKE eine Tradition.

Ich war das sechste Mal dabei und gestehe ein, davor eine Menge verpasst zu haben. Noch vor der offiziellen Eröffnung gab es ein kurzes und außerordentlich schönes Konzert von Reinhold Andert, welches mit einem Vortrag untersetzt war. Die mit zwei-deutigen Spitzen versehenen Textbeiträge des Liedermachers schlugen treffsicher ein!

Am ersten Tag kam ich mit einem Genossen der Org.-Mannschaft ins Gespräch. Dabei unterhielten wir uns über gewisse Richtlinien und Sachzwänge, denen auch die Partei hier vor Ort ausgesetzt ist. Historisch wurde er auch und nannte mir einen doch entscheidenden Namen: Manfred Stolpe. Ohne ihn gäbe es die jährlichen Pfingst-Treffen nicht.

Nach dem Frühstück folgte ein Waldspaziergang bei welchem wir sachkundige Informationen erhielten. Wie in den Jahren zuvor blieben kleine Splitter der Ausführungen hängen. Am Nachmittag fand eine Lesung mit Chris Doerk statt. Im Anschluss berichteten zwei Politikerinnen aus Brandenburg von ihren schönen, manchmal aber auch schwereren Aufgaben in ihrer aktuellen Landespolitik.

Zu schon späterer Stunde gab es dann eine Pfingst-Treffen-Premiere: Matthias Biskupek gab sich die Ehre und las aus seinen Veröffentlichungen. Humor pur. Den Abend ließen wir mit der sorbischen Band „Folksamen“ und DJ Eco ausklingen.

Später folgte ich den Worten von Tilo Kummer. Dieser referierte über „fast verzweifeln lassende Maßnahmen und Gesetze“. Stichwort hierbei sei der Ortsname Bischofferode und auch damit zusammenhängende Geheimverträge sowie eine scheinbare Unmöglichkeit derartige Bestimmungen annullieren zu können.

An diesem Abend begeisterten Musiker Dieter Dehm, Roland Scholl sowie

der Sprachkomiker Michael Letz konnte das Publikum. Letzterer mit seinen perfekten Spitzen gegen unserer Bundesregierung.

Zum Anschluss glänzte der Schriftsteller Günter Herlt mit Texten, welche zum Schmunzeln, Lachen anregten. Sein Abschiedsgruß brannte sich ein: „Kopf hoch und niemals die Hände!“ Nach vier tollen Tagen war das Pfingst-Treffen der LINKEN leider schon vor-

bei. Köstliches Essen, Bekannte treffen, Theorien und Thesen „kreuzen“ - Ich weiß schon jetzt hundertprozentig nächstes Jahr reise ich wieder in den Norden.

Es war, ist und bleibt ein absoluter Höhepunkt - das Pfingsten in der ehemaligen Pionierrepublik!

Lotar Huberty - Plauen

Pfingsten am Werbellinsee

Auch 2014 wieder mit uns!

2014



CHRISTIAN WULFF „GANZ UNTEN“?

Die Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV meint:

Der Titel seines Buches „Ganz oben. Ganz unten“ weckt peinliche Assoziationen zum Buch „Ganz unten“ von Günter Wallraff: Christian Wulff in der Situation des ausgebeuteten und erniedrigten Türken Ali, der für einen minimalen Verdienst ohne ausreichenden Arbeitsschutz schmutzige Schwerstarbeit leisten musste? Als „ganz unten“ wähnt sich ein Mann, der durch seinen Ehrensold lebenslang ein gesichertes Einkommen von jährlich rund 200.000 EUR erhält, finanziert zum großen Teil vom Steuerzahler?

Der Buchtitel ist eine Verhöhnung der Hartz IV-Betroffenen, der prekär Beschäftigten - Ausländer inbegriffen - und der Rentner, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind!

Dorothea Wolff - Auerbach

CHRISTIAN WULFF SCHON WIEDER „GANZ OBEN“?

Nachdem Ex-Bundespräsident Christian Wulff für sein neues Buch „Ganz oben. Ganz unten“ unter Einsatz seiner Gesundheit schlecht bezahlte Schwerstarbeit verrichtet hat, wie einst Günter Wallraff als Türke Ali, dürfen wir auf eine Fortsetzung gespannt sein. Vielleicht erleben wir ihn demnächst undercover in anderen Brennpunkten.

Sicherlich war Wulff kurz mal „ganz unten“, psychisch. Hartz IV-Betroffene, Ausländer, prekär Beschäftigte wurden und werden in diesem Land, wo er einst „ganz oben“ war, dauerhaft psychischem Druck ausgesetzt - persönlich, tagtäglich im Jobcenter und durch die gezielte Medienpropaganda auch im privaten Alltag, ohne jegliche Hoffnung auf einen positiven Ausgang, den man literarisch verwerten könnte.

Kathrin Kosche - Auerbach

STREIKRECHT EINSCHRÄNKEN? AUSWEITEN!

Die GroKo will laut Koalitionsvertrag die sogenannte „Tarifeinheit“ gesetzlich regeln. Wenn zwei Gewerkschaften in einem Betrieb vertreten sind, dann soll nur einer das Streikrecht zustehen. Der anderen wird faktisch das grundgesetzlich garantierte Streikrecht genommen. Die Gewerkschaften können sich das nicht bieten lassen, denn damit wird letztlich dem generellen Angriff auf das Streikrecht Tür und Tor geöffnet. DIE LINKE lehnt diesen Angriff ab..

Für Gewerkschaften ist einheitliches Handeln der Beschäftigten sehr wichtig. In dem Maße, in dem geschlossen aufgetreten wird, kann der größtmögliche Druck zur Durchsetzung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen aufgebaut werden. Dazu gehört auch, dass sich die Stärkeren zugleich für die Schwächeren einsetzen. Das ist gelebte Solidarität. Und deshalb ist einheitliches tarifpolitisches Handeln von zentraler Bedeutung. Dass Fluglotsen, Ärzte, Piloten und Lokführer für ihre Interessen eintreten und streiken, ist ihr gutes Recht. Aber gleichzeitig ist es auch problematisch, weil sie ihre besondere Kampfkraft nur für sich und nicht gleichzeitig auch für die Krankenschwester, die Stewardess und den Zugbegleiter einsetzen. Isolierte Tarifpolitik ist in den letzten Jahren aufgekommen. Dies hat viel damit zu tun, dass SPD und Grüne die Handlungsmacht der Gewerkschaft geschwächt haben. Zum Beispiel durch die Förderung so genannter atypischer Beschäftigungsformen wie Leih- und Zeitarbeit. Wer befristet arbeitet, hat es viel schwerer zu streiken. Wer verliehen ist, schafft das nur in Ausnahmefällen.

Aber: Die Zusammenführung der verschiedenen Gruppen zu gemeinsamen gewerkschaftlichen Handeln muss politisch vorgebracht werden. Und nicht durch die gesetzliche Beschränkung des Streikrechtes kleiner Gewerkschaften!

Und was erleben wir heute? Die Hauptverantwortliche für die Schwächung

STROMPREISE UND EXISTENZMINIMUM

- Strompreise höher als Hartz IV-Regelbedarf
- betroffen ebenso Rentner mit Grundsicherung im Alter und Bürger mit Hilfen zum Lebensunterhalt
- Hinweise von Harald Thomé

Wir laden Sie für den 4. August 2014 von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr in den Klubraum der Auerbacher AWG Eisenbahnstr. 32 (Wohnblock hinter der Geschäftsstelle der AWG im Auerbacher Neubaugebiet) zum Bürgerforum ein.

Es informieren Mitglieder des Sozialforums Göltzschtal.

Alle betroffenen und sozial engagierten Bürger sind herzlich eingeladen.

*Dr. Dorothea Wolff
Sozialforum Göltzschtal*

der Gewerkschaften - die SPD - will die Folgen der verhängnisvollen Politik der Agenda 2010 mit der Einschränkung des Streikrechtes beantworten. Das ist zynisch! Die CDU hilft ihr gern dabei.

Der DGB-Kongress vom Mai hat bekräftigt: „Der DGB und seine Gewerkschaften lehnen eine gesetzliche Regulierung des Streikrechtes grundsätzlich ab.“ Tarifeinheit kann nur politisch vollzogen werden. Mit gewerkschaftlichem Druck muss durchgesetzt werden, dass es nicht zu einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit und damit zur Einschränkung des Streikrechtes kommt.

DIE LINKE wird diese gewerkschaftliche Auseinandersetzung auch im Parlament unterstützen. Statt Einschränkung des Streikrechtes sollte vielmehr die Ausweitung auf der Tagesordnung stehen. Wir brauchen endlich die Klarstellung: Solidaritätsstreiks sind legal! Politische Streiks sind legal! In vielen anderen, zivilisierten Ländern ist das selbstverständlich. Nur bei uns nicht!

*Michael Schlecht - MdB
(red. gekürzt)*

WIR GRATULIEREN

Allen Leserinnen und Lesern, die im Juli Geburtstag feiern können. Besondere Glückwünsche an jene, welche einen „Runden“ begehen oder die 80 überschritten haben:

| | | |
|-------------------|-------------|-----|
| Hilde Braumandl | Bösenbrunn | 03. |
| Walter Vogel | Ellefeld | 04. |
| Manfred Weller | Reichenbach | 07. |
| Walter Rieger | Pöhl | 09. |
| Siegfried Morgner | Auerbach | 11. |
| Karl Braumandl | Bösenbrunn | 17. |
| Rolf Schubert | Treuen | 18. |
| Hanni Gerber | Klingenthal | 21. |
| Walter Bille | Plauen | 25. |
| Jutta Günther | Oelsnitz | 27. |
| Karl Döhler | Plauen | 31. |

Wir wünschen allen eine stabile Gesundheit, viel Glück und Erfolg in den nächsten Jahren und frohe Stunden im Kreis von Freunden und Vertrauten.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

"Die Zukunft wird nicht gemeistert von denen, die am Vergangenen kleben."

*Willy Brandt (*18.12.1913
†8.10.1992)*

Gefunden von Dieter Riedler

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20.06.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.07.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 04.08.2014. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.